

N I E D E R S C H R I F T

über die 11. Sitzung des Rates der Stadt Gummersbach am 30.03.2011 im Ratssaal, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach.

Die Mitglieder des Rates waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Rat ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Bürgermeister Frank Helmenstein

Stimmberechtigte Mitglieder

1. stellv. Bürgermeister Jürgen Fritz Marquardt

2. stellv. Bürgermeister Thorsten Konzelmann

Stadtverordnete Helga Auerswald

Stadtverordneter Rolf-Helmut Becker

Stadtverordneter Tim Bubenzer

Stadtverordnete Marita Cordes

Stadtverordneter Kurt Uwe Dick

Stadtverordnete Bärbel Frackenpohl-Hunscher

Stadtverordneter Thomas Geilhaupt

Stadtverordneter Rüdiger Goldmann

Stadtverordneter Andreas Guist

Stadtverordneter J. Werner Hannemann

Stadtverordneter Thomas Hähner

Stadtverordneter Hans-Egon Häring

Stadtverordneter Klaus Heinen

Stadtverordneter Jörg Jansen

Stadtverordneter Dirk Johanns

Stadtverordnete Ilona Köhler

Stadtverordneter Volker Kranenberg

Stadtverordneter Dipl.-Kfm. Reinhard Kretschmann

Stadtverordneter Klaus Leesch

Stadtverordneter Jakob Löwen

Stadtverordneter Manfred Meier

Stadtverordnete Gabriele Müller

Stadtverordneter Horst Naumann

Stadtverordneter Karl-Heinz Richter

Stadtverordneter Bajrus Saliu

(bis einschl. TOP 4)

Stadtverordneter Helmut Schillingmann
Stadtverordneter Karl-Otto Schiwiek
Stadtverordneter Christoph Schmitz
Stadtverordneter Walter Schneider
Stadtverordneter Torsten Stommel
Stadtverordneter Rainer Sülzer
Stadtverordnete Ursula Thielen
Stadtverordneter Dr. Ulrich von Trotha
Stadtverordneter Joachim Tump
Stadtverordnete Irmgard Voß-Canisius
Stadtverordnete Elke Wilke
Stadtverordneter F. Lothar Winkelhoch

Verwaltung

Bürgermeister Frank Helmenstein
Beigeordneter und Stadtkämmerer Dr. Klaus Blau
Beigeordneter Peter Thome
StVwD. Ulrich Reichelt-Münster
StVwR. Bernhard Starke
StA. Jörg Robach

entschuldigt fehlen:

Stv. Gabi Behrendt
Stv. Konrad Gerards
Stv. Gabriele Müller
Stv. Hans-Friedrich Schmalenbach
Stv. Elke Wilke

Die Niederschrift führt: Schriftführer Jörg Robach

| | |
|------------------------|-----------------------|
| Sitzungsbeginn: | 18:00 Uhr |
| Sitzungsunterbrechung: | 18:26 Uhr – 18:30 Uhr |
| Sitzungsende: | 20:00 Uhr |

Tagesordnung :

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschliesst der Rat einstimmig, die Tagesordnungspunkte 10 und 11 im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 1 zu behandeln.

Öffentlicher Teil :

- TOP 1 Niederschrift der letzten Sitzung**
- TOP 2 Informationen zum Sachstand des Vergabeverfahrens zur Errichtung eines innerstädtischen Einkaufszentrums auf dem Steinmüllergelände**
- TOP 3 Anträge**
- TOP 3.1 1266/2011
Verzicht auf den Erwerb von aufgegebenen Bahnstrecken zwischen Dieringhausen und Derschlag**
- TOP 4 1262/2011
Änderung der Schiedsgerichtsbezirke**
- TOP 5 1259.1/2011
Verleihung der goldenen Stadtmedaille in Sonderprägung an Herrn Sparkassendirektor Frank Grebe**
- TOP 6 1221/2011
Erlass einer Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer für das Betreiben von Spiel-, Musik-, Geschicklichkeits-, Unterhaltungs- oder ähnlichen Apparaten in der Stadt Gummersbach**
- TOP 7 1246/2011
Erstmalige Herstellung der Straße „Grenzweg“ in Gummersbach-Hunstig -Abweichungssatzung-**
- TOP 8 1270/2011
Entwidmung einer Teilfläche des Grotenbachfriedhofes**
- TOP 9 1234/2011
Bebauungsplan Nr. 77 A „Hunstig – Im Halken“ / 2. Änderung (vereinfacht) Aufstellungs- und Satzungsbeschluss**
- TOP 10 1248.1/2011
Einführung von SchülerTickets bei der Stadt Gummersbach**
- TOP 11 1249/2011
Fortschreibung des städtischen Schulentwicklungsplanes der Schuljahre 2010/2011 bis 2015/2016 mit einem Ausblick auf das Jahr 2024**
- TOP 12 Mitteilungen**

Nicht öffentlicher Teil :

- TOP 13 Mitteilungen – Änderung der Pächterin der Stadthalle**

Öffentlicher Teil :**TOP 1****Niederschrift der letzten Sitzung**

Stv. Johannis moniert, dass im Gegensatz zu vorangegangenen Niederschriften durchgängig keine Abstimmungsergebnisse in Zahlen angegeben seien. Nachdem Stv. Johannis die Korrektheit dieser Art der Aufzeichnung bestätigt wurde, erklärt sich BM. Frank Helmenstein bei einem entsprechenden Wunsch gerne bereit, zukünftig die Abstimmungen detaillierter wiederzugeben. Stv. Schmitz bittet daraufhin, am bewährten Verfahren festzuhalten.

In der darauf folgenden Abstimmung über die Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung wird diese Genehmigung einstimmig mit 40 JA-Stimmen erteilt.

Auszug: 2 / 4 / 5 / 7 / 10 / 11 / 12

TOP 2**Informationen zum Sachstand des Vergabeverfahrens zur Errichtung eines innerstädtischen Einkaufszentrums auf dem Steinmüllergelände**

BM. Frank Helmenstein berichtet, dass die Verhandlungen soweit vorangekommen sind, dass für den 04.05.2011 eine Beschlussvorlage mit dem Vorschlag zur Beauftragung der Verwaltung zur Zuschlagserteilung an den zum Zuge kommenden Bieter vorbereitet wird.

Zur weiteren Vorgehensweise wird er auf Grund der überragenden Bedeutung der Angelegenheit die Tagesordnung für den 04.05.2011 so gestalten, dass zunächst im öffentlichen Teil eine intensive Diskussion über Pro und Contra eines Einkaufszentrums stattfinden kann. In diesem Zusammenhang wird das Vorhaben im einzelnen vorgestellt und dabei auch ein Vertreter des Investors zugegen sein. Die eigentliche Vergabeentscheidung wird dann im nichtöffentlichen Teil erfolgen, indem die Verwaltung ggf. den Auftrag erhält, den Kaufvertrag zu schliessen und damit den Zuschlag zu erteilen.

Im Hinblick auf den Grundstücksverkauf führt BM. Frank Helmenstein aus, dass nach der Zuständigkeitsordnung der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss diese Entscheidung zu treffen hätte. Auf Grund der überragenden Bedeutung der vorliegenden Angelegenheit wird er dem Rat jedoch die Ausübung des Rückholrechtes vorschlagen. Unbeschadet dessen wird eine intensive Vorberatung in der Lenkungsgruppe und eine informatorische Befassung des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss erfolgen.

Auszug: 1.3 / 4 / 6 / 9

TOP 3

Anträge**TOP 3.1****1266/2011****Verzicht auf den Erwerb von aufgegebenen Bahnstrecken zwischen Dieringhausen und Derschlag**

Stv. Heinen stellt für die Linke Stadtratsfraktion folgenden Antrag und begründet ihn:

Auf den Erwerb des Bahngeländes von Dieringhausen nach Derschlag, mit dem Ziel einen Alleenfahrradweg zu bauen, soll vorläufig oder ganz verzichtet werden.

Begründung

Der Hauptgrund liegt einzig und alleine in der Nichtvereinbarkeit mit den Finanzen der Stadt Gummersbach. Wir sind der Meinung, dass sich die Stadt dieses Projekt bis auf weiteres nicht finanziell erlauben kann und der alles gelobte Sparwille „mit Füßen getreten wird“.

Die Kalkulation der Verwaltung weist selbst nach dem Weiterverkauf der Filetgrundstücke im Bereich Niederseßmar und nach dem Bezuschussen von 75 % der Kosten von Seiten des Landes noch einen Zuschussbedarf von mehr als EUR 150,000,00 aus.

Wir gehen davon aus, dass die Vorfinanzierung für den Kauf des Bahngeländes von der BEG (Bahnflächenentwicklungsgesellschaft) über den hohen Disporahmen abgewickelt wird, womit außerdem zusätzliche Zinsen anfallen und der Disporahmen (ca. 60 Mio EUR) unnötigerweise weiter vergrößert werden muss.

Darüber hinaus fallen zusätzlich laufende Instandhaltungskosten an, die in Höhe von EUR 10.000,00 p.a. beziffert worden sind. Diese laufenden Kosten müssen wir letztendlich bezweifeln, da sich in diesem Bahnstreckenbereich einige alte Stahlbrücken befinden, die mit Sicherheit in Zukunft gewartet werden müssen. Dafür wird dieser Betrag bei weitem nicht ausreichen.

Auch die Stadt Bergneustadt hat signalisiert, dass dieser Fahrradweg in ihrem Bereich nur weiter gebaut werden kann, wenn keine Kosten anfallen und das halten wir für unmöglich.

Im Klartext heißt das: Es soll ein Weg mit einem erheblichen finanziellen Aufwand gebaut werden, damit Fahrrad fahrende Bürger am Rande der Stadt von Dieringhausen nach Gummersbach und zurück fahren können. Dies wird als „nicht zu unterschätzende Bedeutung für den Freizeit- und Tourismusbereich“ bezeichnet. Hierfür will sich die Stadt zusätzlich verschulden.

BM. Frank Helmenstein erläutert, dass der 31.12.2010 eine Ausschlussfrist für das Projekt war, bis zu der die notwendigen Prüfungen zur Realisierung oder Unterlassung des Projektes nicht zu schaffen waren. Der Erwerb wurde daher mit entsprechend umfangreichen Rücktrittsmöglichkeiten getätigt, damit die nötigen Schritte in Ruhe unternommen werden können.

Er wird sodann – wie ursprünglich vorgesehen und falls heute keine Aufhebung des Projektes erfolgt – nach Vorliegen der Prüfungsergebnisse eine erneute Befassung von Bau-, Planungs- und Umweltausschuss, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss und Rat mit der vorliegenden Angelegenheit herbeiführen.

Der Antrag wird gegen eine Stimme abgelehnt.

Auszug: 9

TOP 4**1262/2011****Änderung der Schiedsgerichtsbezirke**

Nach der Bitte des Stv. Johanns, die Schiedsleute als Ansprechpartner vor Ort in gewohnter Anzahl beizubehalten, weist Stv. Schmitz auf das falsche Bild hin, welches hier gezeichnet wird. Ansprechpartner vor Ort sind nicht die Schiedsleute, sondern die Stadtverordneten.

BM. Frank Helmenstein erläutert nochmals die bereits im Hauptausschuss angeführten Gründe, insbesondere die Frustration der Schiedsleute über die geringe Fallzahl und die Tatsache, dass die Reduzierung vom Amtsgericht vorgeschlagen wurde. Im Übrigen könne die Anzahl der Schiedsgerichtsbezirke wieder angehoben werden, sobald sich der Bedarf dafür zeige.

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.
Abstimmungsergebnis:

| | | |
|---------|----------|------------------|
| Ja : 37 | Nein : 3 | Enthaltungen : 0 |
|---------|----------|------------------|

Der Rat der Stadt beschließt, die Schiedsgerichtsbezirke der Stadt Gummersbach mit Wirkung vom 01.05.2011 dahingehend zu ändern, dass der bisherige Schiedsgerichtsbezirk IV an den bestehenden Schiedsgerichtsbezirk III und der bisherige Schiedsgerichtsbezirk V an den bestehenden Schiedsgerichtsbezirk I angegliedert wird.

Auszug: 1.3

TOP 5**1259.1/2011****Verleihung der goldenen Stadtmedaille in Sonderprägung an
Herrn Sparkassendirektor Frank Grebe**

Stv. Winkelhoch verliest eine von ihm zusammengestellte Tabelle, in der die in unterschiedlich langen Zeiträumen verliehenen Ehrungen gegenüber gestellt sind und versucht daraus für alle Ehrungen einen Anstieg abzuleiten. Im Übrigen seien vier Jahre ein recht kurzer Zeitraum für das Sammeln von Verdiensten. Die Sparkasse fördere ganz unbestritten sehr viel, jedoch erfolge die Zuteilung nicht durch Herrn Grebe allein.

BM. Frank Helmenstein hält fest, dass ein solcher Austausch in öffentlicher Sitzung in Gummersbach unüblich und auch unzulässig sei. Dazu war im Hauptausschuss und interfraktionell ausreichend Gelegenheit.

Stv. Heinen hält fest, dass einsatzfreudige Menschen Motivation brauchen und daher diese Diskussion fehl am Platz ist.

Auf den Hinweis des Stv. Johanns, er habe sich im Ältestenrat nicht für die Ehrung ausgesprochen, weist BM. Frank Helmenstein ihn darauf hin, dass im Ältestenrat Konsens herrschte, jedenfalls habe Herr Stv. Johanns dort der beabsichtigten Ehrung nicht ausdrücklich widersprochen.

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.
Abstimmungsergebnis:

| | | |
|---------|----------|------------------|
| Ja : 36 | Nein : 3 | Enthaltungen : 0 |
|---------|----------|------------------|

Der Rat der Stadt beschließt, Herrn Sparkassendirektor Frank Grebe in Würdigung seiner besonderen Verdienste und Leistungen auf wirtschaftlichem, kulturellem und sozialem Gebiet zum Wohle der Stadt Gummersbach die goldene Stadtmedaille in Sonderprägung zu verleihen.

Auszug: 2

TOP 6

1221/2011

Erlass einer Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer für das Betreiben von Spiel-, Musik-, Geschicklichkeits-, Unterhaltungs- oder ähnlichen Apparaten in der Stadt Gummersbach

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt den Erlass der der Originalniederschrift als Anlage 1 beigefügten Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer für das Betreiben von Spiel-, Musik-, Geschicklichkeits-, Unterhaltungs- oder ähnlichen Apparaten in der Stadt Gummersbach.

Auszug: 4

TOP 7

1246/2011

Erstmalige Herstellung der Straße „Grenzweg“ in Gummersbach-Hunstig -Abweichungssatzung-

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt folgende Abweichungssatzung:

S A T Z U N G

über die Abweichung von den Herstellungsmerkmalen des § 8 Abs. 1 der Erschließungsbeitragssatzung der Stadt Gummersbach vom 28.06.1990 für die erstmalige Herstellung der Straße „Grenzweg“ in Gummersbach-Hunstig

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023), in der zur Zeit geltenden Fassung, der §§ 127 und 132 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), in der zur Zeit geltenden Fassung, und des § 8 Abs. 1 der Erschließungsbeitragssatzung der Stadt Gummersbach vom 28.06.1990 in der zur Zeit geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Gummersbach in seiner Sitzung am 30.03.2011 folgende Satzung beschlossen:

Bei der Straße „Grenzweg“ handelt es sich um eine Erschließungsanlage im Sinne des § 127 Abs. 2 Ziffer 1 des Baugesetzbuches (BauGB). Sie ist ohne die Anlegung von Gehwegen erstmalig hergestellt. Insoweit ist eine Abweichung von den in § 8 Abs. 1 der Erschließungsbeitragssatzung der Stadt Gummersbach vom 28.06.1990 genannten Merkmalen für die endgültige Herstellung von Erschließungsanlagen erfolgt.

§ 2

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Auszug: 7

TOP 8**1270/2011****Entwidmung einer Teilfläche des Grotenbachfriedhofes**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt, die in der der Originalniederschrift als Anlage 2 beigefügten Verwaltungsvorlage schraffierte Friedhofsfläche auf dem Grotenbachfriedhof zu entwidmen.

Auszug: 7

TOP 9**1234/2011****Bebauungsplan Nr. 77 A „Hunstig – Im Halken“ / 2. Änderung (vereinfacht)
Aufstellungs- und Satzungsbeschluss**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.
Abstimmungsergebnis:

| | | |
|---------|----------|------------------|
| Ja : 38 | Nein : 0 | Enthaltungen : 1 |
|---------|----------|------------------|

Der Rat der Stadt beschließt:

1. Der Bebauungsplan Nr. 77 A „Hunstig - Im Halken“ wird gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 13 BauGB geändert /2. Änderung (vereinfacht).
2. Die 2. Änderung (vereinfacht) des Bebauungsplanes Nr. 77 A „Hunstig – Im Halken“, bestehend aus einer Planzeichnung, wird gem. § 10 i.V. mit § 13 BauGB und § 7 GO NRW als Satzung beschlossen. Dieser Satzung wird die Begründung vom 30.03.2011 beigefügt.

Auszug: 9

TOP 10**1248.1/2011****Einführung von SchülerTickets bei der Stadt Gummersbach**

Beig. Thome sieht es als sehr fragwürdige Praxis an, wenn mit dem Bild eines Grundschulkindes für die Möglichkeit geworben wird, Bus und Bahn bis Köln zu nutzen. Die einzige angebotene Alternative seien 4er Tickets, die jedoch nicht wirtschaftlich und nur mit hohem Betreuungsaufwand auf Seiten der Stadt einsetzbar wären. Zum SchülerTicket zeichnet sich dieser Aufwand für die Verkehrsunternehmen ab, die mit Rückbuchungen bei sozial schwachen Familien rechnen müssen. Die Einstufung als Standort 1 stellt zudem einen Wettbewerbsnachteil für die Gummersbacher Schulen dar.

Zum in Lindlar gewählten Solidar und Subventionsmodell führt er aus, dass dieses Modell für Gummersbach verworfen wurde, weil alle Schüler – auch die in fußläufiger Entfernung – mit einem Schülerticket zu versorgen gewesen wären. Nachdem er am Beispiel von Lieberhausen mit seinen fünf Busverbindungen die Unsinnigkeit dieses Modells demonstriert hat, appelliert er an den VRS von diesem Modell Abstand zu nehmen. Für den Grundschulbereich wird im übrigen das PrimaTicket genutzt werden, bei dem die Kosten der Stadt gleich bleiben und die Eltern keine Belastung erfahren.

In einer Sitzungsunterberechnung erhält eine Vertreterin der Elternschaft Gelegenheit, ihre Position zu erläutern.

Stv. Häring betont, dass seine nachfolgende Kritik nicht gegen den Beschlussentwurf zielt. Er verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich viele Eltern gegen das Modell verbal artikulieren. Stv. Hannemann bittet die Resolution der Eltern zu unterstützen und weiterzuleiten. Stv. Bubenzer sieht auch das Gummersbacher Angebot als nicht ausreichend für den sinnvollen Einsatz eines solchen Tickets an.

Stv. Johanns sieht für Köln mit einem Radius von 80km überragend mehr Nutzungsmöglichkeiten als in Gummersbach, wo noch nicht einmal das Sauerland erreicht werden könne. Für seine Fraktion bittet er die Beratung auf die Mai-Sitzung zu vertagen, damit in der Zwischenzeit die Verbandsversammlung des VRS zu Veränderungen bewegt werden kann.

Beig. Thome erläutert, dass bei einer Vertagung der Start zum 01.08.2011 und damit die Versorgung der Schüler zum Schuljahresbeginn in Frage gestellt wird. Dem Einwand von Stv. Johanns, dass in Marienheide über eine spätere Beschlussfassung nachgedacht wird, hält Beig. Thome entgegen, dass bei ordentlicher Kenntnis des Sachverhaltes bekannt wäre, dass die Gesamtschule bereits versorgt ist und durch die Nutzung des PrimaTickets für die Grundschulen kein Beschluss benötigt wird.

BM. Frank Helmenstein verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Eltern zu Ihrer Resolution eine zeitnahe Antwort erhalten. Auf den Vorschlag des Stv. Winkelhoch, über eine größtmögliche Zahl von Enthaltungen und Gegenstimmen trotz positiven Beschlusses ein Zeichen zu setzen, stellt Stv. Schmitz fest, dass dies der falsche Weg wäre, da nur über den möglichst breit gestützten Beschluss die Kritik der Stadt verdeutlicht werde.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt die Einführung des SchülerTickets zum 01.08.2011 für den Fall, dass der VRS an dem von der Stadt Gummersbach nicht befürworteten System des SchülerTickets fest hält.

Der Rat unterstützt ausdrücklich den von der Verwaltung mit Schreiben vom 21.01.2011 erhobenen Einwand an den Oberbergischen Kreis, sowie die Resolutionen der Gummersbacher Schulen hinsichtlich der Einführung des SchülerTickets.

Auszug: 11

TOP 11

1249/2011

Fortschreibung des städtischen Schulentwicklungsplanes der Schuljahre 2010/2011

bis 2015/2016 mit einem Ausblick auf das Jahr 2024

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.
Abstimmungsergebnis:

| | | |
|---------|----------|------------------|
| Ja : 36 | Nein : 3 | Enthaltungen : 0 |
|---------|----------|------------------|

Der Rat der Stadt Gummersbach verabschiedet den Schulentwicklungsplan 2010/2011 bis 2015/2016 mit Ausblick auf das Jahr 2024 als Basis für schulorganisatorische Maßnahmen der Stadt Gummersbach.

Auszug: 11

**TOP 12
Mitteilungen**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Nicht öffentlicher Teil :

TOP 13

Mitteilungen – Änderung der Pächterin der Stadthalle

Auszug: 4

Frank Helmenstein
Bürgermeister

Jörg Robach
Schriftführer